Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 43 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,50 RM. Nachlaß nach Wahlstaffel 1 oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Zifferanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 165 × Donnerstag, 18. Juli 1935 43. Jahrgang

28 Notverordnungen in Frankreich

Mitternächtliche Einigung im französischen Ministerrat — Scharfe abessinische Erklärungen — Wendung in der Militärpolitik Japans

Deutscher Wallfahrtsort

Der Führer an der Gruft Heinrichs des Löwen

× Braunschweig, 17. Juli

Ganz überraschend traf am Dienstagabend der Führer und Reichskanzler in Braunschweig ein. Am Mittwoch früh hatte sich die Tatsache der Anwesenheit des Führers wie ein Lauffeuer durch Braunschweig verbreitet, und die ganze Stadt hatte Flaggenschmuck angelegt. Schon in den frühen Morgenstunden hatten die Polizei, SA. und SS. große Mühe, die begeisterten Braunschweiger an den Absperrungen zurückzuhalten. Als der Führer gegen 10,30 Uhr das Hotel verließ, brausten begeisterte Heilrufe auf, die ihn auf der Fahrt zum Burgplatz ständig begleiteten. Auf den Straßen hatte die SA. mit ihren Fahnen und Standarten Aufstellung genommen

Auf dem Burgplatz schritt der Führer die Front der Ehrenabordnung der SS.-Führerschule Braunschweig ab und begab sich dann in den Dom, wo im Mittelschiff die Gruft des großen Niedersachsenherzogs Heinrich des Löwen freigelegt worden ist. In tiefer Ergriffenheit weilte der Führer einige Minuten an der Gruft.

Dann ergriff Ministerpräsident Klages (Braunschweig) das Wort. Er gab einen Ueberblick über die Freilegungsarbeiten und ihre Gründe. Der Sachsen- und Bayernherzog Heinrich der Löwe wird immer mehr, so führte er u. a. aus, als ein Vorläufer einer wahren deutschen Nationalpolitik anerkannt. Sein Grab im Dom zu Braunschweig beginnt ein Wallfahrtsort für ganz Deutschland zu werden. Daher war es unwürdig und unerträglich, daß über den Zustand der Gruft und dem Grabmal keine genaue Auskunft gegeben werden konnte. Der Ministerpräsident ging dann im einzelnen auf die vorhandenen Urkunden ein, die über die Gruft nur dürftige Aufklärung geben. Unter Leitung maßgebender Sachverständiger seien die Ausgrabungen vorgenommen worden. Sie hätten gezeigt, in welch pietätloser Weise mit der Gruft in den vergangenen Jahrhunderten verfahren worden sei. Der aufgefundene guterhaltene Steinsarg konnte einwandfrei als der des großen Niedersachsenherzogs identifiziert werden. Sein Inhalt war unberührt. Von den Ueberresten der Gebeine seiner Gemahlin, der Herzogin Mathilde, konnten nur ein Lebermantel und etwas Asche gefunden werden. Ein dritter kleiner Sarg enthielt die Gebeine des ältesten Kindes Heinrichs des Löwen. Zum Schluß sprach Ministerpräsident Klages die Bitte aus, der Führer möge die Braunschweigische Staatsregierung beauftragen, diese Grabstätte eines großen Deutschen in einen würdigen Zustand zu versetzen und sie allen Volksgenossen zugänglich zu machen.

Anschließend besichtigte der Führer zusammen mit den Mitgliedern der Braunschweigischen Staatsregierung und seiner Begleitung den alten Dom und die Burg Dankwarderode, wo Heinrich der Löwe gelebt und gewirkt hat. Als der Führer und Reichskanzler auf den Balkon der Burg trat, und als er dann im Wagen Braunschweig verließ, wurden ihm wieder stürmische Huldigungen bereitet.

Hochschulprofessor wegen Anstiftung zu Devisenschiebungen verhaftet

× Berlin, 17. Juli

Die Justizpressestelle Berlin teilt mit:

Auf Veranlassung des Generalstaatsanwaltes bei dem Landgericht Berlin wurde am Dienstag im Rahmen der Ermittlungsaktion gegen Angehörige katholischer Orden der Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Aachen Dr.-Ing. Josef Pirlet verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit eingeliefert. Gegen ihn liegt richterlicher Haftbefehl wegen Teilnahme an Devisenverbrechen vor.

In der vor einigen Wochen durchgeführten Verhandlung gegen die Generaloberin der Kölner Augustinerinnen, Schwester Neophyta geborene Maria Menke, die mit einer Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 121 000 Mark Geldstrafe endete, hatte sich der Verdacht ergeben, daß Professor Pirlet die Angeklagte zu ihren Devisenschiebungen angestiftet hatte. Dieser Verdacht hat sich inzwischen so verstärkt, daß nunmehr die Verhaftung des Beschuldigten erfolgen mußte.

Lavals großes Sanierungsprogramm

Maßnahmen zur Ausgleichung des Etats — Steuererhöhungen, Herabsetzung der Gehälter und Pensionen — Senkung der Lebenshaltungskosten

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 17. Juli

Gestern vormittag trat das französische Kabinett unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Laval zu einer Sitzung zusammen, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog. Nur eine einzige kleine Pause bewilligten sich die Minister, um 13 Uhr ließ ihnen Laval ein Frühstück servieren. Die zwölfstündigen Beratungen galten der Ausarbeitung des Sanierungsprogramms und der Fertigstellung der angekündigten 28 Notverordnungen.

Fünf Minuten vor Mitternacht ging der Kabinettsrat der französischen Regierung zu Ende. Die Einigung über die Notverordnungen war erreicht. Um Mitternacht noch begaben sich die Minister ins Elysee, um die Notverordnungen dem Präsidenten der Republik zur Unterschrift vorzulegen, damit sie heute noch im „Journal Officiel" erscheinen können. Im Laufe der Beratungen, die nicht immer ganz glatt vor sich gingen, sind aus den angekündigten 28 Notverordnungen 28 geworden. „Es ist eine wahre Revolution auf dem Verordnungswege", erklärte der Kolonialminister Rollin. An Ersparnissen werden durchgeführt: 7 Milliarden im allgemeinen Haushalt, 1,3 Milliarden im Haushalt der Gemeinde- und Provinzialverbände und 2,3 Milliarden im Haushalt der Eisenbahnen. Insbesondere sind die Beamtengehälter herabgesetzt worden, und zwar um 3 Prozent für die Gehälter unter 8000 Franken, um 5 Prozent für die Gehälter von 8000 bis 10 000 Franken, und um 10 Prozent für die höheren Gehälter.

Sämtliche Pensionen sind ebenfalls um durchschnittlich 10 Prozent herabgesetzt worden, einschließlich der Pensionen für die Kriegsbeschädigten und Veteranen. Sämtliche Staatsausgaben mit Ausnahme der sozialen Ausgaben und der Arbeitslosenunterstützung werden um 10 Prozent gekürzt. Von dieser Maßnahme werden auch die Coupons der Staatsrenten und der Staatspapiere betroffen, auf die eine Einhaltung von 10 Proz. gelegt wird, trotz dem Proteste des Staatsministers Marin zugunsten der Kleinrentner. Gleichzeitig ist auch eine Reihe von Steuern erhöht worden. Die Einkommensteuer für Einkommen über 80 000 Franken wird um 50 Prozent erhöht. Die Börsensteuer für Inhaberpapiere wird von 17 auf 24 Prozent erhöht. Die Börsensteuer für Namenspapiere bleibt unverändert. Die Sondersteuer für die Gewinne der Rüstungsindustrie wird auf 25 Prozent erhöht.

Weitere Maßnahmen gelten einer Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten. Die Preise für Gas, Wasser, Elektrizität, Kohle und künstliche Düngemittel werden durchschnittlich um 5 Prozent herabgesetzt. Der Brotpreis wird ab 18. Juli um 10 Centimes pro Kilo ermäßigt (10 Centimes gleich 1,6 Pfennig). Aehnliche Maßnahmen sind auch zur Herabsetzung der Fleischpreise getroffen worden. Schließlich werden auch alle Mieten bis zu 10 000 Franken im Jahre um 10 Prozent gesenkt. Die Hypothekenzinsen werden im Zusammenhang damit ebenfalls um 10 Prozent ermäßigt.

Von der Aufnahme dieser Verordnungen in der Oeffentlichkeit kann man sich vorläufig noch kein Bild machen. Die große Informationspresse bemüht sich heute nur, wieder Stimmung im Sinne der Regierung zu machen und die Appelle an den Patriotismus des französischen Volkes noch dringlicher zu gestalten. Der Gewerkschaftsführer (die Confédérated General de Travail), der nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Beamten umfaßt, erläßt aber heute schon einen scharfen Protest, worin er, wenigstens grundsätzlich und theoretisch, die Deflationspolitik der Regierung als „krisenverschärfend" verwirft. Im „Populaire" verweigert der marxistische Parteiführer Léon Blum ebenfalls seine Zustimmung, ebenfalls mit der Begründung, daß durch die Notverordnungen die Krise nur verschärft werde. Die Politik der Regierung sei „ungerecht und töricht". Die Regierung schädige die Nation, denn alle arbeitenden und sparenden Klassen würden schwer betroffen. Das Kapital aber bleibe ungeschoren. Die kommunistische „Humanité" beschränkt sich auf den Notschrei „Nieder mit den faschistischen Hungerverordnungen!" Nach gewissen Gerüchten soll die Regierung auch, wie übrigens mehrfach angekündigt worden war, die in Frankreich üblichen Subventionen offener und geheimer Art wesentlich beschnitten, wenn nicht gar völlig gestrichen haben. Im Pariser Blätterwald ist darauf ein bedenkliches Raunen entstanden. Man nennt schon die Namen einer Reihe von Zeitungen, die durch diese Sparmaßnahme zum Tode verurteilt seien.

Frankreichs wirtschaftliche Absichten

Gegen die Abwertung — Förderung der Ausfuhrindustrie

× Paris, 17. Juli

Die Notverordnungsnovelle schließt mit einem Aufruf an die Nation, die von ihr geforderten „gleichmäßig verteilten Opfer" zu tragen, da ein mit inneren Schwierigkeiten kämpfendes Frankreich einer Bedrohung des Friedens gleichkomme. Die zusätzlichen Leistungen müßten als Bürgschaft für die Sicherheit von Heim und Hof gelten. In dem allgemeinen Bericht wird ausdrücklich betont, daß die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen keinen endgültigen Charakter trügen, sondern bei einer Besserung der Lage gemildert bzw. gänzlich aufgehoben werden würden. Die Regierung begründet ihre Maßnahmen mit den ihr am 8. Juni durch das Parlament übertragenen Vollmachten zur

Verteidigung des Franken.

Die Regierung werde eine Abwertung keinesfalls zulassen. Es gebe nur ein sicheres Mittel zur Verteidigung des Franken: Jeden Vorwand zu neuen Angriffen zu beseitigen. Man werde nicht die Währung eines Landes angreifen, dessen Finanzen ausgeglichen seien. Um dieses zu erreichen, sei aber wesentlich 1. der sofortige möglichst vollständige Haushaltausgleich, 2. eine allgemeine Aktion zur Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit. Die wirtschaftlichen Maßnahmen zur Senkung der Lebenshaltungskosten und damit zur Wiederbelebung der Wirtschaft könnten nur der

Auftakt zu einer allgemeinen Wirtschaftspolitik

sein, die in den kommenden Wochen logisch ausgebaut werden müsse. Die Wirtschaft eines Landes könne nur vorsichtig und Schritt für Schritt umgestellt werden. Das betreffe besonders die französische Handelspolitik, deretwegen man der Regierung die Absicht zugeschrieben habe, brutal mit den bisherigen Methoden zu brechen, während ganz im Gegenteil hier eine vorsichtige Entwicklung der französischen Erzeugung und der Landwirtschaft geboten sei. Durch eine der wirtschaftlichen Verordnungen solle dem vielfach geäußerten

Wunsch des französischen Exports

Rechnung getragen und die Mobilisierung rückständiger Clearingansprüche ermöglicht werden, damit die Freimachung kommerzieller Gläubigeransprüche an das Ausland erleichtert werde. Diese Maßnahme bezwecke, den Ausfuhrindustrien die Elastizität wiederzugeben, mangels deren viele Ausfuhrindustriezweige zur Untätigkeit und somit zur Steigerung der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit verurteilt gewesen seien.

Prinz Paul in Sinaia

Von unserm Sonderkorrespondenten

E. B. Sinaia, im Juli

Der Besuch des Prinzregenten Paul von Jugoslawien beim König Karl von Rumänien in der idyllischen Sommerresidenz Sinaia ist den politischen Kreisen Rumäniens recht überraschend gekommen. Jedenfalls ist die Anregung zu diesem Besuch auch von Belgrad ausgegangen. In Bukarest bemühte man sich, dem Besuch einen ausschließlich privaten Charakter zuzuschreiben. Aber wer die politische Entwicklung im Südosten Europas in den letzten Wochen und Monaten auch von Belgrad aus beobachtet hat, konnte durch die kurzfristige Ankündigung der Tage von Sinaia nicht überrascht werden. Die Ueberraschung blieb durchaus dem rumänischen Außenminister Titulescu vorbehalten, der auf die Nachricht von dem bevorstehenden Besuche des Prinzen Paul beim König Karl eiligst von London nach Sinaia eilte. Der Besuch des Prinzen Paul in Rumänien wurde in dem Augenblick dringend, als mit dem Erlaß der neuen Habsburger-Gesetze in Oesterreich ein Lebensnerv des jugoslawischen Königreiches ganz empfindlich getroffen wurde. Welchen Wert kann die Kleine Entente für Jugoslawien noch behalten, wenn es ihr infolge der Politik der Benesch und Titulescu nicht gelingt, die Restauration der Habsburger in Oesterreich zu verhindern? Jugoslawien kann kein Interesse daran haben, daß seine beiden Verbündeten in der Kleinen Entente aus politisch unerklärbaren Gründen zwar ein Militärbündnis mit Sowjetrußland einzugehen bereit sind, Rußlands Stellung im Donauraum befestigen, auf der andern Seite aber ebenfalls dem Drucke Frankreichs erliegen, dem die Nachfolgestaaten der habsburgischen Monarchie unbequem werden, wenn sie an sich und an ihre eigene Erhaltung und Sicherung denken, anstatt Otto von Habsburg Blumen zu streuen und Ehrenpforten zu bauen, nur weil Frankreich und Italien Habsburg gegen Deutschland mißbrauchen möchten.

Das sind die Fragen, die man sich in Belgrad schon lange stellt. Das sind die Fragen, die eigentlich schon den König Alexander auf seine Todesfahrt nach Frankreich geführt haben. Er wollte im Oktober des vergangenen Jahres Frankreich in ähnlicher Weise um Aufklärung über seine Politik ersuchen, wie jetzt der Regent für den Sohn des ermordeten Königs in Sinaia feststellen möchte, wie weit ein ernster Verlaß auf die Kleine Entente und vor allem auf Rumänien sei, wenn es sich darum handelt, den ersten wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des politischen Zustandes im Donauraum zu verhindern, der in der Vergangenheit ein Bollwerk gegen eine freie Entwicklung eines staatlichen nationalen Eigenlebens der jungen Völker im Südosten Europas bildete.

Aus dem politischen Kreise um Titulescu kann man die Meinung hören, eigentlich sei Rumänien ja recht wenig an der Frage der Restauration der Habsburger in Oesterreich interessiert, da es nicht einmal gemeinsame Grenzen mit Oesterreich habe. Daß solche Gedanken überhaupt laut werden können, zeigt bereits die Brüchigkeit der Kleinen Entente in ihrer heutigen Gestalt, beweist aber gleichzeitig auch die Kurzsichtigkeit einer Bukarester Politik, die sich in Hörigkeit Frankreich gegenüber und in Liebedienerei vor Rußland erschöpft. Selbstverständlich ist Jugoslawien von einem Habsburger in Wien in erster Linie bedroht, woran auch die geschicktesten diplomatischen Formulierungen über die Beschränkung der Habsburger auf das heutige Oesterreich nichts zu ändern vermögen, aber darüber hinaus wird ganz zwangsmäßig durch den Einzug Ottos von Habsburg in Wien die ganze bisherige politische Ordnung im Donauraum unterminiert, und Rumänien wird dann ebenso in Mitleidenschaft gezogen wie Jugoslawien.

Wenn von Belgrad aus immer wieder erklärt worden ist, die Restauration der Habsburger in Oesterreich bedeute Krieg, so braucht man darin keine Kriegsdrohung Jugoslawiens zu sehen, aber es liegt darin die klare Erkenntnis offen ausgesprochen, daß die Wiedereinsetzung der Habsburger, die immer das historisch verankerte Bestreben haben werden und haben müssen, das Habsburgische Reich mit Ungarn, mit Böhmen, mit Kroatien wiederaufzurichten, naturnotwendig zum Kriege führen muß, ebenso wie die Zerlegung dieses Habsburgischen Reiches nur durch den gewaltigsten Krieg unsrer Zeitrechnung möglich war. Für Jugoslawien taucht mit den Habsburgern in Wien nicht nur die außenpolitische Frage seines territorialen Bestandes auf, sondern auch sein inneres Gefüge wird schwer bedroht. Die kroatische Frage würde noch mehr kompliziert werden, als sie es heute bereits ist.

Erfüllt von den Gedanken und Sorgen um diese Lebensfragen des jugoslawischen Staates ist Prinz